

N i e d e r s c h r i f t

**über die öffentliche Sitzung
des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Wasbek**

am Mittwoch, dem 11.06.2014

im Gemeindezentrum, Hauptstraße 37, 24647 Wasbek

<u>Beginn:</u> 19:32 Uhr	<u>Ende:</u> 21:21 Uhr
---------------------------------	-------------------------------

Anwesend:

Gemeindevertreter

Vorsitzender

Herr Klaus Dahmke
Herr Michael Hollerbuhl
Herr Markus Kühl
Herr Uwe Pauschardt
Herr Michael Rohwer

Außerdem Anwesend

Herr Hans-Jürgen Ehmke
Herr Reiner Großer
Herr Heinrich Kühl
Herr Peter Mohr
Herr Karl-Heinz Rohloff
Herr Manfred Saggau

von der Verwaltung

Herr Frank Knutzen

Entschuldigt:

Gemeindevertreter

Herr Thomas Omnitz

Gäste: Herr Günter Böge (Holsteinischer Courier)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung, Eröffnung, Feststellung Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Änderung der Tagesordnung vom 11.06.2014
3. Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
4. Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 12.03.2014
5. Information über die am 12.03.2014 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
6. Einwohnerfragestunde I
7. Mitteilungen
8. Endgültige Jahresrechnung 2013
- Prüfung / Vorberatung / Beschlussempfehlung an die Gemeindevertretung
Vorlage: 0011/2013/DS
9. Vermögensauseinandersetzung / Klage der Gemeinde Wasbek gegen den Kreis Rendsburg-Eckernförde auf Aufhebung seines Ausamtungsbescheides vom 20.07.2011 sowie des Widerspruchbescheides vom 02.11.2011
Hier: Verzicht auf Widerruf des Vergleichsvorschlages des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichtes vom 22.05.2014
- Vorberatung / Beschlussempfehlung an die Gemeindevertretung
Anlage: Vermerk der Verwaltung vom 26.05.2014 zur Verhandlung / zum Vergleichsvorschlag
10. Leistung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 82 GO im Vermögenshaushalt 2014
- Kenntnisnahme - **Vorlage: 0012/2013/DS**
11. I. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Gemeinde Wasbek
- Vorberatung / Beschlussempfehlung an die Gemeindevertretung
Anlage: Entwurf der I. Nachtragssatzung
12. Lärmaktionsplanung der Gemeinde Wasbek
- Information zum Sachstand
Anlage: Mitteilungsvorlage 0001/2013/MV
13. Einwohnerfragestunde II
14. Verschiedenes (öffentlich)

1 .	Begrüßung, Eröffnung, Feststellung Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
-----	--

Herr Hollerbuhl eröffnet die Sitzung um 19:32 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

Im Anschluss stellt Herr Hollerbuhl die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Entschuldigt fehlt Herr Thomas Omnitz; er wird vertreten durch Herrn Markus Kühl.

2 .	Anträge zur Änderung der Tagesordnung vom 11.06.2014
-----	--

Anträge zur Änderung der Tagesordnung werden nicht gestellt; sie wird in der vorliegenden Form insofern gebilligt.

3 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Ohne Aussprachebedarf beschließt der Ausschuss, die Tagesordnungspunkte 15 bis 18 –wie in der Einladung vorgesehen– unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln.

Beschlussfassung: 5 Ja-Stimmen (einstimmig).

4 .	Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 12.03.2014
-----	---

Es werden keine Einwendungen vorgetragen; die Niederschrift wird insofern gebilligt.

5 .	Information über die am 12.03.2014 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
-----	---

In der Sitzung am 12.03.2014 wurden keine Beschlüsse unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefasst.

6 .	Einwohnerfragestunde I
-----	------------------------

Der anwesende Zuhörer, Herr Böge vom Holsteinischen Courier, hat keine Fragen an den Ausschuss. Auch seitens der Ausschussmitglieder und der außerdem anwesenden Gemeindevertreter werden keine Fragen gestellt.

7 .	Mitteilungen
-----	--------------

1. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden:

a. Die Vorlage einer neuen Friedhofssatzung bzw. Friedhofsgebührensatzung durch die Verwaltung wird noch etwas Zeit in Anspruch nehmen, da die organisatorischen und finanziellen Planungen für das Urnengemeinschaftsgrab mit Berücksichtigung finden sollen.

b. Der zuständige Fachdienst der Stadt Neumünster hat entsprechend der Beschlusslage der Gemeindevertretung den Kreis Rendsburg-Eckernförde wegen Einrichtung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf der B 430 im Bereich der Gemeinde Wasbek formell angeschrieben. Die beschlossene Einrichtung von Tempo-30-Zonen in der Kamp- und Lindenstraße wird umgehend umgesetzt.

c. Außerdem klärt die Verwaltung noch die Möglichkeit, den nicht gewährten Zuschuss des Kreises für die im Jahr 2013 erfolgte Beschaffung einer Tragkraftspritze für die Feuerwehr eventuell doch noch nachträglich zu erhalten. Herr Hollerbuhl bittet die Verwaltung um Information über das Ergebnis in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung.

2. Mitteilungen des Bürgermeisters:

Eine Geschwindigkeitsmessung der Polizei in der Hauptstraße am 10.06.2014 hat gezeigt, dass dort kein Deliktsschwerpunkt besteht. In Richtung Ortsmitte wurden 27 Überschreitungen bei einem Durchlauf von 794 Fahrzeugen festgestellt (3,4%), in Richtung B 430 waren es 25 von 436 (5,7%).

Die Gemeindevertretung muss sich unter Berücksichtigung dieses Aspektes mit der Eingabe der Anlieger der Hauptstraße auf Einrichtung einer Tempo-30-Zone beschäftigen.

3. Mitteilungen der Verwaltung:

Der Jugendhilfeausschuss des Kreises Rendsburg-Eckernförde hat zwischenzeitlich eine 2-jährige Verlängerung des bisherigen Finanzierungssystems in der Kindertagespflege für Kinder unter 3 Jahren beschlossen. Die Gemeindevertretung sollte in ihrer kommenden Sitzung über die vom Kreis vorgelegte Vereinbarung beraten und entscheiden, ob die Gemeinde Wasbek die bisherige Regelung (Anteil der Gemeinde: 1,- Euro pro Kind und Betreuungsstunde) beibehalten und die Vereinbarung abschließen möchte.

Herr Hollerbuhl ergänzt, dass in dem zurückliegenden Vereinbarungszeitraum im Jahr 2012 (August bis Dezember) für ein Kind 290,- Euro und im Jahr 2013 für 3 Kinder insgesamt 1.121,- Euro seitens der Gemeinde gezahlt wurden.

Herr Pauschardt weist im Zusammenhang mit dem Verkehrsunfall am Himmelfahrtstag darauf hin, dass sich die BMW-Fraktion in diesem Bereich (K34 / Ehndorfer Straße) schon lange für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70km/h einsetzen würde. Darüber hinaus sei das Straßenbegleitgrün zurzeit so hoch gewachsen, dass die Sicht auf Einmündungen und Ausfahrten erschwert sei und Fahrzeugführer nicht auf den Randstreifen ausweichen mögen.

Herr Pauschardt regt an, Herrn Götsch, Bürgermeister der Gemeinde Ehndorf und Landtagsabgeordneter, einzubinden und den Antrag auf Einrichtung einer Geschwindigkeitsbeschränkung formell erneut beim Kreis Rendsburg-Eckernförde zu stellen.

Bürgermeister Rohloff sichert zu, sich mit Herrn Bürgermeister Götsch über das weitere Vorgehen abzustimmen.

8 .	Endgültige Jahresrechnung 2013 - Prüfung / Vorberatung / Beschlussempfehlung an die Gemeindevertretung Vorlage: 0011/2013/DS
-----	--

Herr Hollerbuhl schlägt vor, wie in den Vorjahren zunächst stichprobenartig die von der Verwaltung mitgeführten Kassenbelege zu prüfen.

Zu folgenden Haushaltstellen werden Belege durch die Ausschussmitglieder geprüft:

a. Verwaltungshaushalt

HHSt. 3.00000.60000 – Gemeindeorgane; Repräsentations- u. Bewirtungskosten
HHSt. 3.02000.65500 – Hauptverwaltung; Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten
HHSt. 3.13000.40200 – Brandschutz; Erstattungen Verdienstausschlag
HHSt. 3.13000.45000 – Brandschutz; Kosten für den betriebsärztlichen Dienst
HHSt. 3.46800.14000 – Jugendheim; Miete Wohnung Schulstr. 16 / Pacht Jugendheim
HHSt. 3.46800.50000 – Jugendheim; Unterhaltung Jugendheim
HHSt. 3.56000.52000 – Eig. Sportstätten; Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände
HHSt. 3.67000.51000 – Straßenbeleuchtung; Unterhaltung Straßenbeleuchtung
HHSt. 3.72000.54000 – Abfallbeseitigung; Kosten für Anlieferung/Abfuhr von Grünabfällen
HHSt. 3.75000.11000 – Kommunaler Friedhof; Benutzungsgebühren
HHSt. 3.75000.54000 – Kommunaler Friedhof; Bewirtschaftung Friedhofsgeb. u. -anlagen
HHSt. 3.75000.54010 – Kommunaler Friedhof; Bewirtschaftung Friedhofsgeb. u. -anlagen
(soweit nicht FD 60)
HHSt. 3.77100.52000 – Bauhof; Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände
HHSt. 3.81700.22010 – Kombinierte Versorgungsunternehmen; Konzessionsabgabe Gas
HHSt. 3.90000.00300 – Steuern, allg. Zuweisungen und allg. Umlagen; Gewerbesteuer

b. Vermögenshaushalt

HHSt. 4.61000.94160 – Orts- und Regionalplanung; Erschließungskosten Hofstelle Kühl

Die Prüfungen der Kassenbelege ergeben keine Beanstandungen.

Im Anschluss spricht Herr Hollerbuhl die wesentlichen Daten des Vorberichtes an.
U.a. ist die Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt um ca. 27.000,- Euro höher ausgefallen als geplant, die Mindereinnahmen resultieren im Wesentlichen aus nicht realisierten Einnahmen bei der Gewerbesteuer, die Verschuldung der Gemeinde ist mit 4,23 Euro pro Einwohner/in äußerst gering und das Guthabenpolster beläuft sich auf ca. 1 Million Euro.

Die Verwaltung beantwortet eine Nachfrage von Herrn Rohwer zur Verpflichtungsermächtigung für die Ausstattung der Feuerwehr mit Digitalfunk-Komponenten im Jahr 2016.

Bürgermeister Rohloff ergänzt die Aussagen von Herrn Hollerbuhl um den Hinweis, dass mit dem Ergebnis des Haushaltes 2013 nahezu „eine Punktlandung“ im Hinblick auf die Planung gelungen sei. Der allgemeinen Rücklage wurden lediglich 1.000,- Euro mehr zugeführt als ursprünglich geplant.

Herr Hollerbuhl und Herr Rohloff beantworten einige Nachfragen von Herrn Rohwer, u.a. zum Zuschuss für den Feuerwehr-Musikzug des Amtes Mittelholstein, zu Haushaltsstellen für die Grünflächenunterhaltung und zu der geringen Höhe der Pachteinnahmen.

Die Verwaltung wird um Klärung gebeten, ob die Ausgabe für den Ehrenpreis unter der Haushaltsstelle „Jahresempfang“ verbucht wurde.

Außerdem schlägt Herr Rohwer vor, im Haushalt 2015 die Haushaltsstelle für den Bau des Wanderwegs Matzhornweg wieder mit einem Haushaltsansatz zu versehen, um ein Signal in Richtung Stadt Neumünster zu setzen, dass die Gemeinde am Bau dieses Weges weiterhin festhalten möchte.

Im Anschluss nennt Herr Rohwer Daten zum Schuldenstand, der Kreisumlage sowie der Umlagen insgesamt im Vergleich der Haushalte 2013 und 1994.

Aufgrund einer Nachfrage von Herrn Pauschardt ergibt sich eine kurze Diskussion darüber, ob das Inhaltsverzeichnis der Jahresrechnung (und die Jahresrechnung selbst) eventuell um eine Ziffer 11, „Risikohinweis“ ergänzt werden könnte.

Bürgermeister Rohloff ist der Ansicht, dass dies –zumindest bei größeren Summen– in den Vorbericht aufgenommen werden könnte.

Die Verwaltung schlägt vor, dieses –sofern möglich– eher in die Vorbemerkungen des Haushaltsplans aufzunehmen, da dieser die Planung, die Jahresrechnung hingegen den Ist-Zustand darstellt.

Die Verwaltung wird um Prüfung der Angelegenheit gebeten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, schlägt Herr Hollerbuhl vor, die Beschlussfassung –wie auch im vergangenen Jahr in der GV-Sitzung praktiziert– in 2 Beschlüsse aufzuteilen.

Insofern beschließt der Ausschuss zunächst, der Gemeindevertretung die Beschlussfassung der Jahresrechnung in ihrer vorgelegten Form zu empfehlen.

Beschlussfassung: 5 Ja-Stimmen (einstimmig).

Anschließend beschließt der Ausschuss, der Gemeindevertretung die Genehmigung der entstandenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben zu empfehlen.

Beschlussfassung: 5 Ja-Stimmen (einstimmig).

9 .	Vermögensauseinandersetzung / Klage der Gemeinde Wasbek gegen den Kreis Rendsburg-Eckernförde auf Aufhebung seines Ausamtungsbescheides vom 20.07.2011 sowie des Widerspruchbescheides vom 02.11.2011 Hier: Verzicht auf Widerruf des Vergleichsvorschlages des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichtes vom 22.05.2014 - Vorberatung / Beschlussempfehlung an die Gemeindevertretung <u>Anlage: Vermerk der Verwaltung vom 26.05.2014 zur Verhandlung / zum Vergleichsvorschlag</u>
-----	---

Herr Hollerbuhl nennt die wesentlichen Fakten der in dem Vermerk der Verwaltung festgehaltenen Verhandlung vor dem Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht am 22.05.2014. Der Vergleichsvorschlag der 6. Kammer des VG ist u.a. nach Beurteilung der wesentlichen Vorteile für die Gemeinde Wasbek und der wesentlichen Nachteile für verbleibenden Gemeinden des (ehemaligen) Amtes Aukrug durch die Ausamtung der Gemeinde sowie Fragen im Zusammenhang mit dem nicht erfolgten Personalübergang auf die Stadt Neumünster entstanden.

Im Ergebnis ist das Gericht zu der Ansicht gelangt, dass die Gemeinde Wasbek als Vermögensausgleich insgesamt 60.000,- Euro, zahlbar in zwei gleichen Teilen jeweils zum 1. November 2014 sowie zum 1. November 2015 an das Amt Mittelholstein zahlen müsste.

Herr Hollerbuhl verweist auf den noch bestehenden Widerrufsvorbehalt dieses Vergleichs und auf den Umstand, dass sowohl der Kreis Rendsburg-Eckernförde als auch Herr Amtsdirektor Landt für das Amt Mittelholstein als Rechtsnachfolger des ehemaligen Amtes bereits in der Verhandlung auf einen Widerruf verzichtet haben.

In der Gemeinde Wasbek ist dazu die Beschlussfassung der Gemeindevertretung notwendig.

Da sich kein Beratungsbedarf ergibt, verliert Herr Hollerbuhl die Beschlussvorlage, mit der der Gemeindevertretung der Verzicht auf einen Widerruf und damit die Annahme des Vergleichs empfohlen wird. Die notwendigen Haushaltsmittel i.H.v. jeweils 30.000,- Euro sind im Haushalt 2014 außerplanmäßig bereit zu stellen und für den Haushalt 2015 einzuplanen.

Beschlussfassung: 5 Ja-Stimmen (einstimmig).

10 .	Leistung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 82 GO im Vermögenshaushalt 2014 (Kenntnisnahme) - <u>Vorlage: 0012/2013/DS</u>
------	--

Herr Hollerbuhl erläutert kurz den Sachverhalt. Ohne Aussprachebedarf nimmt der Ausschuss die überplanmäßige Ausgabe zur Kenntnis.

11 .	I. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Gemeinde Wasbek - Vorberatung / Beschlussempfehlung an die Gemeindevertretung <u>Anlage: Entwurf der I. Nachtragssatzung</u>
------	--

Herr Hollerbuhl teilt mit, dass diese Angelegenheit nicht beraten werden kann, da die aktuelle Hauptsatzung noch um eine Regelung zur Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten zu ergänzen sei. Hier besteht noch interner Klärungsbedarf, so dass eine Änderung der Hauptsatzung unter Berücksichtigung dieses Punktes erst im Herbst erfolgen wird. Die Verwaltung erläutert ergänzend den Hintergrund der weiteren notwendigen Änderung / Ergänzung.

12 .	Lärmaktionsplanung der Gemeinde Wasbek - Information zum Sachstand <u>Anlage: Mitteilungsvorlage 0001/2013/MV</u>
------	--

Herr Hollerbuhl verweist darauf, dass diese Angelegenheit durch einen Antrag in die Tagesordnung aufgenommen wurde und die Verwaltung daraufhin die vorliegende Mitteilungsvorlage erstellt habe.

In einer kurzen Diskussion wird deutlich, dass sich der Ausschuss mit dem Tenor der Vorlage, für die Gemeinde Wasbek würde keine Handlungsnotwendigkeit bestehen, nicht einverstanden erklären kann.

Zwar befinden sich die Straßen, von denen entsprechende Lärmimmissionen ausgehen (BAB 7 sowie B 430) nicht in der Zuständigkeit der Gemeinde, dennoch sehen die Ausschussmitglieder die Notwendigkeit, für die Gemeinde Wasbek auf jeden Fall einen Lärmaktionsplan aufzustellen, um ggü. dem verantwortlichen Baulastträger argumentieren und ggf. auch Maßnahmen einfordern zu können.

Außerdem erfolgt der Hinweis, dass die Aufstellung der betroffenen Straßen nicht vollständig sein kann. Auch die Straßen „Gartenweg“, „Höhnerkamp“ und die „Weststraße“ im Bereich Bullenbek sind von erheblichen Auswirkungen durch Lärm von der BAB 7 bzw. der B 430 betroffen.

Insofern bittet der Ausschuss die Verwaltung um weitere Prüfung.

Abweichend von der Vorlage empfiehlt der Ausschuss der Gemeindevertretung, festzustellen, dass die Aufstellung eines Lärmaktionsplans für die Gemeinde Wasbek notwendig ist und die Verwaltung mit der Erstellung zu beauftragen.

Beschlussfassung: 5 Ja-Stimmen (einstimmig).

13 .	Einwohnerfragestunde II
------	-------------------------

Auch unter diesem TOP werden keine Fragen durch die Anwesenden gestellt.

14 .	Verschiedenes (öffentlich)
------	----------------------------

Herr Hollerbuhl teilt mit, dass in der letzten Sitzung des Bau- und Planungsausschusses zwei Beschlussempfehlungen erfolgt sind, die er dem Haupt- und Finanzausschuss aus Kostengesichtspunkten zur Kenntnis geben möchte:

1. Für die Umrüstung von 25 Leuchten an der B430 auf LED-Technik werden weitere 12.000,- Euro bereitgestellt. Diese Leuchten sind in der ursprünglichen Aufnahme nicht berücksichtigt worden. Da die Gesamtmaßnahme der Umrüstung mit 170.000,- Euro veranschlagt wurde, aufgrund der Ausschreibung für die bisherigen Maßnahmen aber nur ca. 111.000,- Euro verbraucht wurden, werden dafür keine zusätzlichen Haushaltsmittel benötigt.
2. Die vorgesehene Baumaßnahme „Anbindung neuer Knüll“ befindet sich nach entsprechenden Umplanungen nun wieder in dem vorgegebenen Kostenrahmen von 47.000,- Euro brutto.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt Herr Hollerbuhl die öffentliche Sitzung des Ausschusses um 21.21 Uhr und unterbricht die Sitzung für eine kurze Pause.

gez. Michael Hollerbuhl

(Vorsitzender)

gez. Frank Knutzen

(Protokollführer)